

Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 19.06.2025

Zu TOP: 9.1

zur Tarifbindung

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit

Vorlage: AN 0047/2025

Herr Haack begründet den vorliegenden Antrag. Er betont, dass die Tarifbindung sehr wichtig sei, aber keine Gesellschaft überfordert werden solle. Herr Haack bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Kothe-Woywode teilt mit, dass der vorliegende Antrag begrüßt werde. In ihrem Redebeitrag wirbt sie für die Sozialpartnerschaft. Sie warnt davor, Berufs- oder Beschäftigungsgruppen gegeneinander auszuspielen.

Herr Quintana Schmidt erklärt für die Fraktion DIE LINKE. die Unterstützung zum Antrag. Er bittet um Auskunft, welche Arten von Tarifverträgen durch den Antrag erfasst seien. Gleichzeitig bittet Herr Quintana Schmidt, im Ausschuss für Gesellschafteraufgaben ebenso darzulegen, in welchen Gesellschaften mit städtischer Beteiligung bereits eine Tarifbindung gelte.

Für die Fraktion AfD führt Herr Rybka aus, dass dem Antrag zugestimmt werde. Persönlich regt er an, Einmalzahlungen in die Prüfung einzubeziehen. Herr Rybka spricht sich für die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit aus.

Gleichwohl stellt er klar, dass das Budget der Hansestadt Stralsund nicht überbelastet werden solle.

Herr Haack merkt an, dass Detailfragen im Rahmen der Beratung des Prüfergebnisses der Verwaltung im Fachausschuss geklärt werden sollten.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf bestehe und lässt über den AN 0047/2025 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister als Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der städtischen Gesellschaften wird beauftragt zu prüfen, ob und wie eine Tarifbindung der Gesellschaften, an denen die Hansestadt Stralsund unmittelbar mit mehr als 50% beteiligt ist, möglich ist. Im Rahmen der Prüfung sollen alle realistischen Möglichkeiten, die zu einer Tarifbindung der Gesellschaften führen können, betrachtet und eruiert werden. Bei der Prüfung sind auch die Auswirkungen auf die Gesellschaften selbst und auf die Hansestadt Stralsund zu untersuchen und aufzuzeigen.

Die Prüfergebnisse sind dem Ausschuss für Gesellschafteraufgaben und dem Ausschuss für Finanzen und Vergaben zur Beratung mit dem Ziel, eine Empfehlung an die Bürgerschaft auszusprechen, vorzulegen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

2025-VIII-04-0129

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 02.07.2025